

Unser Nein zum Haushalt

Bereits im Vorfeld der Beratungen zum Haushalt 2026 haben wir einen Entwurf einer gemeinsamen Resolution des Stadtrates an die demokratischen Kräfte versandt. Ein Austausch, Kompromissfindung und Konsens? Fehlanzeige!

Die Kommunen und Landkreise versenden Brand- und Protestbriefe an Bund und Land und Politik? Trotz funktionierender Drähte nach Düsseldorf und Berlin, passiert bzgl. der kommunalen Finanzausstattung - Nichts. Und anscheinend will man dies auch nicht...

Genauso wenig wollen wir Linke eine überproportionale Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger. Diese wird aber in der langfristigen Finanzplanung der Stadt Bergkamen wieder auf die Tagesordnung kommen. Wir haben deutlich gemacht, dass die maximal zumutbare Belastung der Bürgerinnen und Bürger bei einem Hebesatz zur Grundsteuer B bei 955 % liegt. Hiermit wäre auch sichergestellt, dass dieser in den kommenden Jahren unter der Grenze von 1.000 Prozentpunkten bleibt.

Gleichzeitig hat man es verpasst den maximalen Rahmen beim Hebesatz zur Gewerbesteuer auszureizen. Im Vergleich zum Entwurf der Stadtverwaltung hat man diesen lediglich um 5 Prozentpunkte auf 500 % erhöht. Dabei wäre ein Hebesatz i.H.v. 520 % mitnichten gewerbefeindlich. Wir glauben an den Wirtschaftsstandort Bergkamen, der insbesondere durch seine zentrale Lage und der damit verbundenen Anbindung an A1 und A2 überzeugt, sowie an die langfristige Wettbewerbsfähigkeit.

Das sich mit der Schulsozialarbeit, die im bisherigen Umfang erhalten bleibt und der unveränderten Elternbeitragssatzung, was insbesondere Bergkamener Familien entlastet, zentrale Punkte im Haushalt 2026 wiederfinden ist sicherlich positiv zu bewerten. Gerade bei der künftigen Beteiligung von Elternvertretungen waren wir gerne Ideengeber. Jedoch gleichen diese die verpassten Anpassungen bei den Hebesätzen zur Gewerbe- und Grundsteuer B nicht aus.

Unser Anspruch war es dem Haushalt unsere Handschrift zu geben. Insbesondere im Bildungsbereich und der langfristigen Finanzplanung der Stadt Bergkamen. Dem hat die „Große Koalition“ in großer Einigkeit jedoch einen Strich durch die Rechnung gemacht.

In Summe führt dies dazu, dass wir dem Haushalt für 2026 nicht guten Gewissens zustimmen konnten. Damit sich dies zur kommenden Haushaltsberatung anders darstellt und der Haushalt 2027 nicht nur auf größere Akzeptanz und Zustimmung in der Bürgerschaft trifft, sondern auch auf einem breiten demokratischen Fundament fußt, muss sich die Große Koalition künftig deutlich mehr bewegen und strecken.